

Mit Religion gegen Gewalt und Rassismus?

Die neue Suche nach multireligiöser Kompetenz in der präventiven Jugend(hilfe)arbeit.
Religionswissenschaft und das Aktionsprogramm Entimon

Steffen Rink, Marburg

1. Das Programm Entimon

Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen – Anfang der 90er Jahre erschütterte eine Anzahl fremdenfeindlich motivierter Gewaltakte gegenüber Ausländern die Republik. Ebenso mehrten sich Anschläge auf Synagogen und Schändungen von jüdischen Friedhöfen. In der damals herrschenden politischen Debatte wurden diese Vorkommnisse jedoch meist als eine Art »Betriebsunfall« abgetan. Erst die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung ging über eine ethische Verurteilung hinaus und hat sich das Ziel gesteckt, dem immer wieder ausbrechenden, latent jedoch durch die Jahre in sozialwissenschaftlichen Studien nachgewiesenen Antisemitismus und Rassismus etwas entgegenzusetzen. Zielgruppe sollten vor allem Jugendliche sein, da sich gewalttätiger Rassismus vor allem als Jugendphänomen darstellt und – sicherlich richtig – die Vorbeugung gegen die Ursachen von Rassismus bereits im Jugendalter einsetzen muss.

2000/2001 startete ein Aktionsprogramm unter der Überschrift »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«. Es bestand aus drei Programmteilen – Civitas, Xenos und Entimon –, für die von 2001 bis 2003 jeweils rund 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden.

- Das Programm *Civitas* war dabei auf die so genannten neuen Bundesländer beschränkt. Hier ging es vor allem um Prävention, Beratung von lokalen Akteuren, Bildung von regionalen Netzwerken und Opferberatung. Bislang kamen etwa 990 Einzelprojekte in den Genuss einer Förderung.
- *Xenos* soll »praxisnahe Maßnahmen« gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit beinhalten, die an der Schnittstelle von Schule und Beruf ansetzen. Seit dem Jahr 2000 wurden 250 Projekte unterstützt.
- Der Programmteil *Entimon* ging im Jahr 2002 aus bis dahin ebenfalls aus Mitteln des Aktionsprogramms geförderten »Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus« hervor. Entimon und sein nicht mit eigenem Titel belegter Vorläufer werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortet – bis 2002 waren die Maßnahmen Teil des Kinder- und Jugendplans der Bundesregierung, womit die Zielgruppe nochmals umschrieben ist. Ansatzpunkt war hier, dass bei Projekten der politischen Bildungsarbeit die Zielgruppe selbst an der Entwicklung und Umsetzung der konkreten Projekte beteiligt sein sollte. Im Jahr 2002 erfolgte eine Öffnung der Maßnahmen dahingehend, dass nun nicht mehr alleine das Bundesministerium, die Bundesländer, die kommu-

nen Spitzenverbände, die Bundeszentrale für politische Bildung und die anerkannten Träger der Jugendarbeit einbezogen waren, sondern auch andere Projektträger Zugang zum Programm finden konnten. Im Jahr 2002 wurden 245 Einzelprojekte gefördert, im Jahr 2003 sind es noch 126. 69 davon sind auf mehrere Jahre angelegt.

Die konkreten Ziele des Entimon-Programms werden in den für 2003 leicht veränderten Leitlinien in folgender Weise beschrieben:

- Einübung in Toleranz, das heißt Offenheit für Fremde und gegenüber der Vielfalt kultureller, ethnischer und religiöser Überzeugungen und Lebensformen bei gleichzeitigem Eintreten für die Verfassung und die Menschenrechte;
- Bekämpfung von Gewalt, das heißt aktives Eintreten gegen Gewalt und für den Schutz von Minderheiten;
- Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
- Übernahme von Verantwortung im demokratischen Gemeinwesen
- Entwicklung der Fähigkeit zu demokratischen Verfahren der Konfliktlösung
- Stärkung individueller Zivilcourage
- Vermittlung einer verlässlichen politischen Grundbildung.

Innerhalb dieses Gesamtkonzept wurden drei Förderschwerpunkte benannt: Aufbau lokaler Netzwerke, Interkulturelles Lernen und Politische Bildungsarbeit. Auch wenn die Trennschärfe der Kategorien nicht eindeutig sein kann, benennt die Projektübersicht rund 50 Projekte für den Bereich »Lokale Netzwerke« und je rund 100 Projekte für die Bereiche »Interkulturelles Lernen« und »Politische Bildungsarbeit«.

2. Religion in den Entimon-Projekten

Bei den Stichworten »Antisemitismus« und »Fremdenfeindlichkeit« steht zu vermuten, dass sich eine ganze Reihe von Einzelprojekten mit Religion oder Religionen beschäftigen bzw. Religion in den Vordergrund rücken. Fragt man aber die Übersicht aus dem Jahr 2002 in den Projektbezeichnungen und Projektbeschreibungen nach Stichworten wie »Religion, Islam, Judentum, Christentum, Dialog oder Antisemitismus« ab, ergibt sich, dass nur etwa 30 Einzelprojekte übrig bleiben. Das heißt nicht, dass in Projekten wie »Aufbau eines interkulturellen Netzwerks«, »Interkulturelle Kompetenzen – Förderung von Zivilcourage« oder »Musik für Toleranz und Demokratie« nicht auch die Religionen von Minderheiten eine Rolle spielen. Sie bilden aber nicht den Mittelpunkt oder einen wesentlichen Bestandteil der Projekte.

Keines dieser 30 Einzelprojekte widmet sich dem Aufbau lokaler Netzwerke, in dem verschiedenste Akteure antirassistischer Arbeit – Jugendämter, Schulen, Initiativen oder Religionsgemeinschaften – zusammen arbeiten. 70 Prozent der »Religionsprojekte« sind dem Entimon-Programmschwerpunkt »Interkulturelles Lernen« zugeordnet, 30 Prozent der »Politischen Bildungsarbeit«.

Alle Projekte des Interkulturellen Lernens haben mehr oder weniger deutlich einen dialogorientierten Hintergrund, das heißt der Lernprozess soll in der Begegnung von Menschen un-

terschiedlichen Glaubens erzeugt werden. In der Regel richten sie sich direkt an die Zielgruppe, also an Schülerinnen und Schüler. Aber auch im Bereich der politischen Bildungsarbeit – Projekte, die sich meist – auch – an Multiplikatoren richten – setzt die Hälfte der Projekte auf die Initiierung von Lernprozessen durch einen Dialog der Religionen. Nur fünf davon arbeiten auf einer Ebene, in der es primär darum geht, Wissen zu vermitteln. Interessanterweise werden drei dieser Projekte von jüdischen Organisationen durchgeführt. Ein weiteres von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke – und das verbleibende letzte Projekt verantwortet REMID mit der »Informationsplattform Religion«.

3. Religion als Teil antirassistischer Arbeit theoretischer Diskussion

Die geringe Zahl von Projekten, die sich dezidiert auf »Religion« beziehen, muss überraschen – mehr noch aber, dass in diesen 30 Projekten nur zwei von interreligiösen Vereinigungen durchgeführt werden, vier von jüdischen Organisationen und ganze drei von islamischen, wobei die Aleviten-Gemeinde eingeschlossen ist. Und, wie gesagt: keines widmet sich dem Aufbau von lokalen oder überregionalen Netzwerken, also der religionsübergreifenden Zusammenarbeit, gemeinsam mit staatlichen Stellen oder privaten Initiativen. In der Öffentlichkeit aber werden Konflikte und gegenseitige Wahrnehmungen, die in Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen abgrenzenden Haltungen gegenüber den »Anderen« ihren Ausdruck finden, sehr häufig ethnisch oder eben religiös begründet. Beide Begründungsebenen können auch miteinander verknüpft sein, besonders dann, wenn die Regionen der Herkunftsländer eine religiös dominante Struktur aufzeigen. So sind »die Palästinenser« oder »die Araber« eben auch »Moslems«. Kulturelle Eigenheiten von Migrantengruppen werden als religiöse gedeutet. Bestimmte Symbole wie das Kopftuch gelten als genuiner Ausdruck von einer Religion »an sich«. Im Antisemitismus findet sogar eine umgekehrte Verknüpfung statt, wenn das Merkmal »Jude-Sein« dazu herhalten muss, eine israelische Herkunft anzunehmen. Der Satz ist bestimmt noch in Erinnerung, dass der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, doch in seine Heimat nach Israel gehen könne, wenn ihm das politische Klima in Deutschland nicht passe.

Die Wirkung des 11. September auf die Wahrnehmung des Islam und der Muslime in Deutschland ist vielfach beschrieben worden. Der 11. September hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass die Verbindung von ethnischer und religiöser Grenzziehung gegenüber Minderheiten noch enger geworden ist. Eine andere Entwicklung aber ist ebenfalls bedeutsam: In dem Maße, wie fremde Religionen mehr und mehr im öffentlichen Raum sichtbar werden und ihre gleichberechtigte Anerkennung in der Öffentlichkeit fordern, scheint auch die Wahrnehmung von Minderheiten, besonders solchen mit Migrationshintergrund, als religiöse Minderheit zuzunehmen. Die türkischen Arbeitsmigranten waren zunächst vor allem Türken. Das Kopftuch türkischer Frauen der ersten Generation war in der Regel Ausdruck eines in der Türkei gepflegten kulturellen Musters. Erst die zunehmenden Auseinandersetzungen um einen islamischen Religionsunterricht und um den Bau von Moscheen haben der Mehrheitsgesellschaft deutlich gemacht, dass die Migranten auch eine Religion haben, mehr noch: ihr öffentliches Auftreten ist von religiös begründeten Anliegen bestimmt.

Dem steht eine jahrzehntelange Vernachlässigung von Religion in der sozialwissenschaftlichen Forschung gegenüber. Dies setzt sich interessanterweise auch in der Migrationsforschung fort. Zwei Beispiele: Die Zeitschrift des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien in Osnabrück, die immerhin jeweils zwischen 200 und 300 Seiten umfasst, beinhaltet seit ihrem erstmaligen Erscheinen 1995 keinen einzigen Beitrag, der dezidiert auf religiöse Aspekte in Migrationsprozessen Bezug genommen hätte. 21 Ausgaben mit zum Teil über 200 Seiten Text sind erschienen. In der Selbstdarstellung des Europäischen Forums für Migrationsstudien EFMS an der Universität Bamberg spielt Religion so gut wie keine Rolle. IMIS und EFMS sind keine unbedeutenden Einrichtungen: ihre Vertreter wie etwa Klaus Bade haben zahlreiche Publikationen vorgelegt und bestimmen die Debatte mit.

In der politischen Analyse von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wurden und werden in der Regel Kriterien sozialer Gleichheit herangezogen. Konflikte zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sind demnach durch ungleiche soziale Verhältnisse begründet – und zwar sowohl zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten als auch in Bezug auf die Generierung rassistischer Einstellungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft. Stichworte sind: ungleiches Bildungsniveau, ungleicher Zugang zum Arbeitsmarkt, ungleiche rechtliche Stellung, ungleicher sozialer Status, zum Beispiel in Bezug auf Einkommen und Wohnsituation.

In der antirassistischen Pädagogik wiederum gab es eine Phase, in der konkrete kulturelle oder gar religiöse Differenzierungen überhaupt keine Rolle spielen sollten. Man wollte die Gefahr umgehen, an Stigmatisierungsprozessen durch Zuschreibungen des Fremden, Anderen, der Differenz beteiligt zu sein. Stattdessen, so der Ansatz, müsse es gelten, gegenüber Diskriminierungen »an sich« zu sensibilisieren und den institutionellen Rassismus in der Gesellschaft aufzuzeigen, das heißt die Normen und Strukturen, die die ungleiche Behandlung von Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Hautfarbe erst erzeugen.

Dieser Befund lässt sich auf Grundmuster sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zurückführen:

- In der noch von Marx beeinflussten Gesellschaftsanalyse ist Religion ein Phänomen des ideologischen Überbaus und als solches abhängig von den determinierenden materiellen Verhältnissen, die sich letztlich auf den Klassenwiderspruch zurückführen lassen.
- In verschiedenen Ausprägungen hat die These, dass sich Bewusstsein, Ideologie oder Religion auf »Hauptwidersprüche« gesellschaftlicher Verhältnisse zurückführen lassen, fortgesetzt: Beispielsweise in feministischen Ansätzen der 70er Jahre, in der Befreiungstheologie, in der Analyse des Nord-Süd-Gefälles.
- In der Soziologie wurde die These des Klassenwiderspruchs durch eine differenziertere Sozialstrukturanalyse überwunden, die aber an Kriterien von »unten« und »oben«, das heißt von sozialer Ungleichheit festhielt.
- Die These der fortschreitenden Säkularisierung, wie sie im Gefolge von Max Weber entwickelt wurde, ließ Religion in modernen Gesellschaften gleichsam automatisch in die Bedeutungslosigkeit verschwinden – und wenn Migrant*innen ihrer Religion einen höheren Stellenwert einräumten, lag das daran, dass die gesellschaftliche Entwicklung in ihren Herkunftsländern offenbar noch nicht so weit fortgeschritten war.

Die Schlussfolgerung all dieser Ansätze lässt sich, trotz ihrer zum Teil vorhandenen Gegensätzlichkeit der politischen Positionierung, auf die einfache Formel bringen: Religion ist ein vormodernes Phänomen. Beachtung verdient Religion im Kontext politischer Bildungsarbeit allein unter der Prämisse, ob sie den Prozess der Aufklärung und der Modernisierung unterstützt oder behindert, das heißt letztlich: ob sie sich in das Raster der angenommenen gesellschaftlichen Entwicklung einfügt oder nicht. Teilt Religion die säkularen Werte von Aufklärung, Ideologiekritik, Menschenrechten, Toleranz und fügt sie sich in den Platz, den ihr die Gesellschaftstheorie zuweist – nämlich ins Private –, kann sie als positiver, die politische Bildungsarbeit unterstützender Faktor herangezogen werden. Genau diese Perspektive findet sich denn auch im Handbuch zur politischen Bildung, publiziert durch die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 1999 und in einer Buchhandelsausgabe durch einen angesehenen Verlag der pädagogischen Praxis. Religion in Gestalt reflektierter christlicher Theologie hat ihre Bedeutung, wenn sie sich politisch einigermaßen konform einbinden lässt.

Diese positive Haltung gegenüber Religion ist aber im Grunde die Kehrseite des Generalverdachts, dass Religion als vormodernes Phänomen eigentlich nur antiaufklärerisch wirken kann. Bezug auf nichtwissenschaftliche Quellen der Weltdeutung, Absolutheitsansprüche, traditionelle Geschlechterrollen, nichtdemokratische Strukturen – vor dem Hintergrund des in der Religionsgeschichte sichtbar gewordenen Gewaltpotenzials, von Kreuzzügen, von »Schwertern des Islam«, von Antijudaismus, von Bürgerkriegen und vielem mehr tritt Religion offensichtlich meist in Gestalt fundamentalistischer Ausprägung auf.

Diese Beschreibung lässt sich in ihrer pointierten Zuspitzung für die letzten Jahre sicherlich nicht mehr ungebrochen aufrechterhalten. Es sind eine Reihe von Studien erschienen, die etwa in Bezug auf Minderheiten in Deutschland oder Migration auch die religiösen Aspekte berücksichtigen oder sogar in den Mittelpunkt stellen. Einige aber, wie etwa Wilhelm Heitmeyers Befragungen zum Islam, arbeiten aber gerade in gängiger sozialwissenschaftlicher Perspektive mit dem antiaufklärerischen Fundamentalismus-Verdacht. Sie explizieren deshalb nur die gängigen Vorurteile gegenüber Religionen. Andere Studien müssen ihren Eingang in die Diskussion erst noch finden. Von daher muss im Grundsatz weiterhin davon ausgegangen werden, dass die politische Bildungsarbeit im Allgemeinen und die antirassistische Pädagogik im Besonderen noch stark von den Grundmustern der skizzierten Beurteilung von Religion geprägt ist. Dies ließe sich denn auch an der Art und Weise, wie Religion in theoretischen Texten behandelt wird, wie Religion als ein Aspekt von »Kultur« neben andere Elemente wie zum Beispiel Normen, Feste, Gebräuche gestellt wird aufzeigen, aber auch in konkreten Versuchen der Bundesintegrationsbeauftragten, den »Faktor Religion« bei integrationspolitischen Maßnahmen endlich stärker zu berücksichtigen.

4. Religion und der interreligiöse Dialog

Dem bis jetzt Gesagten steht entgegen, dass bereits seit langer Zeit zahlreiche Initiativen zum interreligiösen Dialog bestehen. Und auch im Entimon-Programm werden ja eine Reihe von Projekten gefördert, die sich dem interreligiösen Dialog zuordnen lassen. Zu erwähnen wären noch die Bemühungen der Stiftung Weltethos, einen übergreifenden Dialog der Religionen zu

initiierten, um gemeinsam für grundlegende Werte wie Bewahrung der Schöpfung, Toleranz und friedliches Miteinander zu werben. Und vor kurzem, am 7. September 2003 trafen sich in Aachen mehrere hundert Religionsvertreter zum gemeinsamen Friedensgebet, zum »Dialoggipfel der Kulturen und Religionen«. Ziel solcher Initiativen zum Dialog ist es, durch gegenseitiges Kennen lernen, durch gemeinsame Aktionen Vorurteile und Missverständnisse abzubauen und für das Miteinander des Eigenen und des Anderen zu arbeiten. »Abrahamitische Teams« suchen nach den Gemeinsamkeiten von Judentum, Christentum und Islam. Hinter allem lässt sich Kungs Formel aufzeigen: Kein Weltfrieden ohne Religionsfrieden – im interreligiösen Dialog findet also eine Aufwertung der Religionen statt. Und die theoretische Debatte, die meist innerhalb der Religionspädagogik geführt wird, hat klar gemacht, dass der Dialog nur gelingen kann, wenn die gegenseitige Bereitschaft vorhanden ist, bestehende Grenzen zu überwinden und dem Gegenüber mit Empathie und der Bereitschaft zum Perspektivenwechsel zu begegnen. Insofern ist hier eine große Deckungsgleichheit mit neueren Ansätzen der interkulturellen Pädagogik vorhanden.

Zum Stellenwert des interreligiösen Dialogs müssen aber auch kritische Anmerkungen gemacht werden. Sie betreffen nicht die Zielsetzung des Dialogs und das Bemühen der Teilnehmenden, sondern ihre Wirkung.

- Der interreligiöse Dialog wird gemeinhin von den Religionsgemeinschaften organisiert. Die christlichen Kirchen haben dabei den Dialog oftmals erst initiiert. Für sie war das Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, denn es galt und gilt, vorhandene Konflikte auf diesem Weg zu bearbeiten. Die Kirchen waren sogar die einzigen, die sich dieser Aufgabe angenommen haben. Das hat aber mehrere Konsequenzen:
- Die Auseinandersetzung mit der Religion von Minderheiten verbleibt im Verantwortungsbereich der Religionen. Diese Grenze behindert die Einbeziehung anderer, nicht-religiöser Kommunikationspartner.
- Die Beteiligten spiegeln die strukturellen Unterschiede der religiösen Landschaft: den gesellschaftlich anerkannten Kirchen stehen kleine, teilweise sogar diskriminierte Minderheiten gegenüber. Dabei haben die Kirchen im Dialog einen sehr großen Kompetenzvorsprung: Sie allein verfügen über eine ausreichende Infrastruktur und sind über zahlreiche angegliederte Institutionen zusätzlich im gesellschaftlichen Gefüge verankert.
- Der Dialog zwischen den Religionen birgt die Gefahr der Reduktion aller behandelten Themen auf religiöse Begründungsmuster, denn Kernpunkt des Dialogs ist ja der jeweilige Glaube. Dies wird dadurch verstärkt, dass die nichtchristlichen Religionen in der Regel allein über Institutionen organisiert sind, deren Ziel die religiöse Betreuung der Mitglieder ist. Es fehlen Erfahrungen aus karitativer oder politischer Arbeit.
- Der Dialog der Religionen kann die Grenzen zwischen den Religionen verfestigen. Bestandteil des Dialogs ist immer auch die Selbstvergewisserung über die eigene Religion und damit die Abgrenzung zu anderen religiösen Überzeugungen. Das jüngste Papier der theologischen Kammer der EKD vom Juni diesen Jahres hat gerade noch einmal deutlich gemacht, dass es im interreligiösen Dialog nicht zu einer Vermischung der Religionen kommen dürfe und dass die Besonderheiten des eigenen Glaubens zu beachten seien.

Schließlich muss aber auch der Blick auf die Teilnehmenden des interreligiösen Dialogs beachtet werden:

- Entweder sind es Menschen, die aus ihrer religiösen Orientierung heraus für eine Verständigung der Religionen, für die Überwindung hergebrachter Grenzen zwischen den Religionen und für die Integration von Menschen fremden Glaubens in die Gesellschaft eintreten,
- oder es sind Menschen mit einer festen eigenen religiösen Überzeugung, die in der Auseinandersetzung die grundsätzliche Unvereinbarkeit der Religionen – und der verknüpften Kulturen – neu begründen.

Beide Gruppen haben also einen zwar unterschiedlichen, im Grundsatz aber positiven Zugang zu Religion. Für die letztgenannten Gruppe jedoch steht zu vermuten, dass der Dialog der Religionen eher das Gegenteil dessen bewirkt, was er anstrebt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage an Gewicht, ob die gut gemeinte Begegnung der Religionen und Kulturen immer geeignet ist, die gewünschten Ziele zu erreichen. Dies umso mehr, als eine weitere Zielgruppe der antirassistischen Arbeit in den Blick kommt, die im interreligiösen Dialog nicht beteiligt ist: Menschen, die keinen Zugang zu Religion haben, die Religionen in Übereinstimmung mit allgemeinen gesellschaftlichen Stimmungen eher reserviert bis ablehnend gegenüber stehen und Religionen zunächst einmal dem Fundamentalismus-Verdacht aussetzen, ohne aber selbst einen religiösen Bezug zu haben. Religion ist dann immer etwas anderes, fremdes – der Ausgangspunkt also für Abgrenzungen, die sich in bestimmten Umständen in latenter oder offener Fremdenfeindlichkeit, in Rassismus äußern können.

Im Rahmen des Entimon-Programms gewinnt dieser Punkt eine besondere Bedeutung: Zielgruppe der Projekte sollen ja Jugendliche sein, um präventiv oder intervenierend vorhandene oder sich möglicherweise entwickelnde Fremdenfeindlichkeit abzubauen – und so genannte Multiplikatoren, die in ihren Arbeitszusammenhängen – vornehmlich wiederum in der Jugendhilfe und auch in der Schule – mit entsprechenden vorhandenen oder potenziellen Konflikten befasst sind. Die Problematik wird deutlich, wenn man Folgendes bedenkt: In den so genannten neuen Bundesländern sind nominell 80 Prozent der Menschen nicht Mitglied in einer Kirche, und unter den Jugendlichen ist der Anteil noch höher. »Religion« ist daher erst einmal eine unbekannte Größe, abgesehen von den genannten allgemeinen Vorbehalten gegenüber Religionen. Für die alte Bundesrepublik wird man bedenken müssen, dass es gerade unter den Jugendlichen einen immer stärker zu beobachtenden Traditionsbruch in der christlichen Orientierung gibt, und dass auch hier die Personen, die etwa in der nichtchristlichen Jugendhilfearbeit engagiert sind, eher derjenigen Bevölkerungsgruppe zuzuordnen ist, für die Religion eigentlich keine Bedeutung hat. Es wird also nicht genügen, diese Personengruppen zur Begegnung mit Religionen – mit religiös orientierten Menschen – zu bewegen. Warum sollten sie sich mit Religionen auseinandersetzen, wenn ein zentrales Element des interreligiösen Dialogs – die eigene Empathie gegenüber Religion und die Möglichkeit, eigene religiöse Identität zu reflektieren und einem Perspektivenwechsel auszusetzen – nicht möglich ist?

5. Religionswissenschaftliche Kompetenz in der antirassistischen Arbeit

Kaum Ansätze in der antirassistischen Arbeit, die Religion in den Mittelpunkt stellen, Zielgruppen, die Religion zur Abgrenzung nutzen oder für die Religion mit dem Verdacht antiaufklärerischer Wirkungen behaftet ist, wissenschaftliche Bezugsdisziplinen, die Religion als eigenständigen Faktor vernachlässigen und eine öffentliche Grundstimmung, nach der Religionen eher Fremdkörper in der demokratischen Gesellschaft sind – in welcher Weise kann hier eine religionswissenschaftliche Kompetenz dazu beitragen, an einem gelingenden Pluralismus mitzuwirken, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu vermeiden?

Die klassische Antwort lautet: »Das Wissen über Religionen und religiöse Bewegungen erweitern und vertiefen ..., die Erkenntnisse gesellschaftlich nutzbar machen, das heißt ein friedliches und tolerantes Zusammenleben der Menschen und der verschiedenen Religionen zu fördern«. So formuliert es beispielsweise die Satzung von REMID. Ich bin der Auffassung, dass dieses ehrenwerte Ziel im Sinne einer anwendungsorientierten Religionswissenschaft – hier im Rahmen von Entimon –, weiter entwickelt werden muss. Folgende Aspekte scheinen mir dabei besonders wichtig:

(1) Religionswissenschaft muss für die Bedeutung von Religionen auch und gerade in modernen Gesellschaften sensibilisieren. Dabei geht es nicht darum, anthropologische Annahmen zu vertreten, etwa dergestalt, dass der Mensch ein »homo religiosus« sei, dass Religion also a priori zur menschlichen Gattung dazu gehöre. Dies würde an denjenigen vorbeigehen, die ja in ihrer täglichen Erfahrung das Bewusstsein ausbilden, dass Weltdeutung, Sinnfindung, Kontingenzbewältigung und ein »gutes Leben« auch ohne Religion möglich ist. Es wird vielmehr darum gehen, konkret aufzuzeigen, wo Religionen in der Gesellschaft verortet sind, wie Menschen in je unterschiedlicher Weise ihre Lebensführung religiös begründen und dass – ob man dem kritisch gegenübersteht oder nicht – Religion auch in modernen Gesellschaften keineswegs über kurz oder lang verschwinden wird. Die Aufgabe geht also sowohl in Richtung Öffentlichkeit als auch in Richtung Wissenschaft.

(2) Religionswissenschaft muss die Wahrnehmung von Religion aus dem Grundverdacht befreien, dass Religion an sich vormodern und antiaufklärerisch sei, dass Religionen im Grundsatz immer zu fundamentalistischen Haltungen neigen und im Gegensatz zu demokratischen Tugenden stehen.

(3) Damit verbunden ist aber zugleich, deutlich zu machen, dass Religionen auch – aber eben nicht als den Religionen in die Wiege gelegte Tendenz – antidemokratische, rassistische und antiaufklärerische Ausprägungen bzw. Auswirkungen haben können. Die Anerkennung von Religionen als Teil von Gesellschaft darf natürlich nicht dazu führen, Religionen vor jeder kritischen Analyse zu bewahren und problematische Erkenntnisse auszublenden.

(4) Religionswissenschaft muss helfen, Reduktionen auf Religion vermeiden. Nicht nur der interreligiöse Dialog neigt dazu, alle möglichen Aspekte unter den Kategorien religiöser Le-

gitimation zu deuten. Das kann sich auch auf die in der Minderheitssituation von den Gemeinschaften vorgenommene Neuformulierung religiöser Begründungsmuster beziehen, oder, wie Freud sagte: Eine Zigarre kann manchmal auch nur eine Zigarre sein. In einem anderen, wichtigeren Sinne jedoch wird es gerade in der antirassistischen Arbeit darum gehen, die gegenseitigen Abgrenzungen, die eine Legitimation von Handlungen durch Religion eben auch mit sich bringen kann, zu vermeiden. Die Berufung auf das »Eigene« gegenüber dem »Anderen« kann Grenzziehungen produzieren, statt sie zu überwinden. Auf der einen Seite zeigen Untersuchungen, wie wichtig Religion gerade für Minderheiten im Prozess der Identitätsbildung in einer fremdkulturellen Umwelt ist und dass über diese Prozesse die Integration in die Gesellschaft erleichtert wird. Auf der anderen Seite jedoch dürfte es schwierig sein, Grenzziehungen zu überwinden, wenn sie auf der Ebene der konkreten Auseinandersetzung, etwa im Dialog, kontinuierlich aktualisiert werden. Die Anerkennung von je verschiedenen Religionen in der pluralen Gesellschaft muss also um Verbindendes ergänzt werden, ohne dass jegliches Handeln mit Religion erklärt wird.

Diese vier Aspekte sind deutlich von einem »Sowohl-als-auch« gekennzeichnet. Religionen müssen Anerkennung erfahren, und zugleich wird man versuchen müssen, problematische Aspekte zu vermeiden. Religionen müssen Anerkennung erfahren, ohne dass Religion von nichtreligiösen Menschen in welcher Form auch immer übernommen werden muss. Religion muss Anerkennung erfahren, ohne dass Alles und Jedes durch eine religiöse Brille gesehen werden darf. Für die Integration von Religionen wie für die antirassistische Arbeit bedeutet das: Es sind viele Brücken zu schlagen, ohne Gräben zuzuschütten, und es wird entscheidend darum gehen, die Menschen dazu zu befähigen, dieses Sowohl-als-auch als Teil ihrer pluralistischen Gesellschaft anzuerkennen und in ihre eigene Identitätsbildung zu integrieren.

Sensibilisierung, Differenzierung und Korrektiv – wenn sich Religionswissenschaft mit ihrer in dieser Weise mit ihrem dezidiert nichtreligiösen Zugang zum »Gegenstand Religion« am Abbau von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beteiligen will, wird sie nicht umhin können, sich zwei weiteren Aspekten zu stellen:

(5) Religionswissenschaft muss sich auf die politischen Dimensionen der gestellten Vorgaben einlassen. Die propagierte Wissensvermittlung alleine kann die politisch gewollten Ziele nicht erreichen. Notwendig sind die interdisziplinäre Zusammenarbeit, etwa mit der Pädagogik, und ein eigenes Instrumentarium, das es möglich macht, sich in den Diskurs einzubringen. Im Kontext antirassistischer Arbeit wird es so wesentlich darum gehen, soziale Funktionen von Religionen zu analysieren. Es geht also weniger um die Frage »was ist Religion?«, sondern um solche wie »wie organisiert sich Religion?«, »welchen Stellenwert hat Religion?«, »welche Bedeutung wird Religion zugeschrieben?« oder »was bewirkt Religion bei den Menschen?«.

(6) Religionswissenschaft muss der Forderung nach umfassender Religionsfreiheit Nachdruck verleihen. Es wird nicht funktionieren, die Ziele auf Basis des jetzigen Status quo zu erreichen. Die gegenwärtigen Konflikte, Missverständnisse und Vorurteile sind zu einem großen

Teil Ergebnis fundamentaler Ungleichheiten. Das darf die Rede von einem religiösen Pluralismus nicht überdecken. Die Möglichkeiten, Religion zu leben, sind ungleich verteilt. Kleine bzw. fremde Religionen sehen sich in vielen Bereichen Benachteiligungen ausgesetzt. Anerkennung von Religion bedeutet aber auch, Minderheitenreligionen die gleichen Rechte wie den etablierten Religionen zuzugestehen. Inwieweit die großen Kirchen dabei Akteur oder selbst Gegenstand der notwendigen Prozesse sind, wird zu diskutieren sein, denn gerade für die Minderheitenreligionen drückt sich in der rechtlichen Stellung und in der politischen Mitwirkung der Kirchen die Ungleichbehandlung aus. Man darf dabei nicht verkennen, dass mit Ungleichheit auch ungleiche Machtverteilung verbunden ist, das heißt es gibt Mächtige, die Ansprüche durchsetzen können, und Ohnmächtige. Auf der Ebene unterhalb der rechtlich zu garantierenden Religionsfreiheit müssen darüber hinaus Räume eröffnet werden, dass Minderheitenreligionen die gleichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Positionierung und Mitwirkung an der gesellschaftlichen Gestaltung haben. Das bezieht sich nicht nur auf die Errichtung von Moscheen oder Tempeln oder den Religionsunterricht. Minderheitenreligionen sind darin zu unterstützen, dass sie die gleichen »säkularen« Institutionen aufbauen können, über die die etablierten Kirchen verfügen: Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege, der Sozialfürsorge und der Jugendhilfe. Spätestens hier, wenn es um ganz handfeste Interessen, um Einbindung in staatliche Aufgaben und nicht zuletzt einfach auch um Geld geht, wird sich zeigen, dass es vorrangig eine Verantwortung der Politik sein wird, die notwendigen Veränderungen, die zu einer realen Gleichstellung und Anerkennung führen, in Gang zu setzen.

Integration und Abbau von Fremdenfeindlichkeit kann nur gelingen, wenn sich alle Beteiligten auf gleicher Augenhöhe begegnen können, wenn sie Räume haben, ihre Positionierung in der säkularen Gesellschaft auch in eigenen Strukturen zu entwickeln – ohne dass zugleich alles soziale Handeln unter einer Perspektive wahrgenommen wird, als ginge es immer und überall um religiöse Fragen. Das Programm Entimon könnte einen guten Ansatz bilden, auch zu diesem Bereich entsprechende Modellprojekte zu fördern. In der Regel bleibt Religion aber in den angestammten Nischen: Entweder als ein nachrangiger Faktor unter vielen, reduziert auf vormoderne noch-religiöse Ideologie, auf Festgestaltung und ähnliches, oder sie wird unter dem Aspekt der Theologien im interreligiösen Dialog verhandelt. Wenn außerdem von 245 Projekten mindestens 55 eindeutig von christlichen Organisationen getragen sind, aber nur sieben von nichtchristlichen, ist das zu wenig. Es zeigt, wie gering die wirkliche Gleichstellung der Religionen verwirklicht ist. Die Haushaltsprobleme der öffentlichen Hand haben dazu geführt, dass im kommenden Jahr in das Entimon-Programm keine neuen Projekte aufgenommen werden. Für die Religionswissenschaft bedeutet das mindestens: Es ist noch viel Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

Literatur

- Argumente gegen den Haß. Über Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. 2 Bde. Band 2: Textsammlung. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Bonn 1993.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.): Vom Dialog zur Kooperation. Die Integration von Muslimen in der Kommune. Berlin, Bonn 2002.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Leitlinien zur Umsetzung des Programms »entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus« für das Jahr 2003. 12 Seiten. Im Internet unter www.entimon.de
- Interkulturelles Lernen. Arbeitshilfen für die politische Bildung. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1998.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Christlicher Glaube und nicht-christliche Religionen. Theologische Leitlinien. Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD-Texte 77). 26 Seiten. Im Internet unter www.ekd.de
- Klinkhammer, Gritt: Transkulturelle Pädagogik und Begegnung mit Religionen: Berührungspunkte und Konfliktfelder. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Nr. 3/4, 2002.
- Krech, Volkhard: Religionssoziologie. Bielefeld 1999.
- Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung. Bonn 1999.

Entimon im Internet

<http://www.entimon.de>

Datenbank der Projekte: <http://www.dji.de> - dort unter Projekte bzw. Online-Datenbanken.

RE MID und Informationsplattform Religion

<http://www.remid.de>

<http://www.religion-online.info>

Steffen Rink

Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Religionswissenschaft. Mitinhaber des diagonal-Verlags (Gründung 1988), Mitbegründung des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes e. V. REMID (1989), Mitglied des Vorstands 1989 bis 2001, freiberufliche publizistische Tätigkeit. 2001/2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei REMID, seit Mai 2002 Projektleiter der Informationsplattform Religion.

<http://www.steffenrink.de>.